

**Beschluss** (gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI und LKR):

1. Das Sozialreferat empfiehlt Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter, sich zu diesem Zeitpunkt nicht vorbehaltlos der Initiative der NRW-Städte anzuschließen und dementsprechend auch keine Erklärung zu verfassen. Sollte sich die Situation grundlegend ändern, kann darüber nachgedacht werden.
  
2. **Der Stadtrat der Landeshauptstadt München bekräftigt seine Position, dass es wieder eine funktionierende Seenotrettung im Mittelmeer geben muss. Zivile Initiativen der Seenotrettung und die Geretteten dürfen nicht als politischer Spielball in Geiselhaft genommen werden. Die Landeshauptstadt München bekräftigt, dass sie im Rahmen ihrer bundesweiten Verpflichtungen - ebenso wie andere große Städte in Deutschland - auch weiterhin ihrem humanitären Auftrag für geflüchtete Menschen nachkommen wird.**  
**Das Sozialreferat wird beauftragt, sich über den Oberbürgermeister für eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern einzusetzen und sich für ein deutsches Einwanderungsgesetz für legale, ungefährliche und angstfreie Zuwanderungsmöglichkeiten stark zu machen.**  
**Weiterhin wird das Sozialreferat beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass das vom Freistaat Bayern ins Leben gerufene isolierende Konzept der Ankerzentren abgeschafft wird.**
  
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04845 von der Fraktion DIE GRÜNEN/RL und DIE LINKE vom 11.01.2019 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
  
4. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04389 von DIE LINKE vom 13.08.2018 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
  
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.